

Kommunalpolitik neben Krieg und Krise

Auch wenn die Auswirkungen des russischen Überfalls auf die Ukraine das politische Handeln vor Ort bestimmen (s. Andere Beiträge im Stadtmagazin) und der Umgang mit der „Energiekrise“ jede und jeden beschäftigt, dürfen die sogenannten „kleinen Probleme“ nicht aus den Augen verloren werden.

Aus diesem Grund findet sich an dieser Stelle ein Beitrag zum „Nebenthema“ Hundesteuer:

Warum eigentlich eine Hundesteuer?

Das Gemeindeprüfungsamt hat der Stadt Preetz vorgeschlagen, einige inhaltliche Korrekturen an der Satzung zur Erhebung einer Hundesteuer vorzunehmen. Dies muss durch Beschluss der Stadtvertretung erfolgen.

Die BGP – Bürgergemeinschaft Preetz – wird den Änderungen nicht zustimmen, da wir die Hundesteuer, bzw. ihre Ausgestaltung mehr als kritisch sehen:

Es gelten in Preetz folgende Steuersätze: 120 € für den ersten Hund, für jeden weiteren Hund 170 € pro Jahr. Wir halten die Hundesteuer in der derzeitigen Ausgestaltung für unsozial und sachlich für kaum begründbar. Dies zeigt bereits ein erster Blick auf die Praxis anderer Kommunen: Entweder wird keine Hundesteuer erhoben oder die jeweiligen Steuersätze weichen fast schon grotesk voneinander ab.

Erstmals in Deutschland eingeführt am 28.2.1807 durch Verordnung der Fürstlich Isenburgischen Regierung der Stadt Offenbach am Main zur Tilgung aufgelaufener Kriegsschulden.

Friedrich Wilhelm III von Preußen erließ am 28.10.1810 einen Erlass über die „neuen Consumptions- und Luxussteuern“. Diese „Luxussteuer“ umfasste Steuern auf Dienstboten, Pferde und Hunde! Seit dieser Zeit erheben Kommunen Hundesteuer, die historischen Begründungen sind längst verschwunden und damit auch die sachliche Begründung für die aktuelle Steuererhebung.

Der unsoziale Charakter dieser Steuer erklärt sich unserer Meinung nach so: Für den zweiten und jeden weiteren Hund ist deutlich mehr zu bezahlen. Für das Halten von zwei oder mehr PKWs muss keine höhere Kfz-Steuer, für den Besitz mehrerer Häuser keine höhere Grundsteuer gezahlt werden.

Welche Systematik steckt dahinter?

Ein erster Schritt in Richtung „mehr sozial“ wäre nach Auffassung der BGP ein gleicher Steuersatz für jeden Hund.

(für Fragen und Anregungen: jfroehl@t-online.de)

Jörg Fröhlich, BGP-Fraktionsvorsitzender